

V. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick

1. Fazit

Als Michail Gorbachev im März 1985 das Erbe seiner Vorgänger antrat, war die Sowjetunion eine Supermacht „auf tönernen Füßen“¹. Das Land befand sich in einer doppelten Krise. Der Krisenzustand erfasste nicht nur den innenpolitischen Bereich, sondern erstreckte sich auch auf die internationalen Beziehungen. Die wirtschaftliche Leistungsbilanz verschlechterte sich seit Mitte der 1970er Jahre so rapide, dass der Lebensstandard bereits Anfang der 1980er Jahre zum Null- und Minuswachstum tendierte, der sozialistische Wohlfahrtsstaat kaum noch finanzierbar und folglich unfähig war, sich die Loyalität der Bevölkerung zu erkaufen (er war sozial „überdehnt“²). Der strukturell bedingte Rückgang der sowjetischen Volkswirtschaft verstärkte sich noch mehr unter dem Einfluss der außenpolitischen Krise. Das Wettüben mit den USA verschlang den großen Teil des Brutto-sozialproduktes. Die volkswirtschaftliche Fixierung auf die Schwer- und Rüstungsindustrie ging zu Lasten der Konsumbedürfnisse der Menschen und brachte das Land in eine ökonomische Schieflage. Auch das seit der Brežnev-Ära zunehmende militärische Engagement in aller Welt, vor allem der seit 1979 kräfte- und geldzehrende Krieg in Afghanistan³ mit seiner demoralisierenden Wirkung auf die Sowjetgesellschaft, war in vielfältiger Weise sehr kostspielig. Das Verhältnis zur NATO, zu den USA und den westeuropäischen Staaten war von neuen Konflikten geprägt (NATO-Doppelbeschluss, Polenkrise, Boykott der Moskauer Olympischen Sommerspiele 1980 durch mehrere westliche Staaten, Stellvertreterkriege in Afrika und dem Nahen Osten). Von einer negativen Bilanz zeugte auch die bisherige sowjetische KSZE-Politik. Statt internationaler Anerkennung und materieller Vorteile brachte die multilaterale Diplomatie Moskau eine Stärkung der oppositionellen Gruppen, internationale Kritik an der innenpolitischen Menschenrechtslage sowie, damit einhergehend, die Pflicht, international Rechenschaft abzulegen, ein.

Gorbachev war der erste sowjetische Generalsekretär, der es wagte, den innen- und außenpolitischen Krisenzustand durch mehrere gleichzeitig vorgenommene Reformansätze und die Entideologisierung der Internationalen Beziehungen zu

¹ Plaggenborg, „Entwickelter Sozialismus“ und Supermacht 1964–1985.

² Ebd., S. 497–501.

³ Die Intervention in Afghanistan stellte erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg eine militärische Operation dar, bei der die Sowjetunion ein großes Kontingent eigener Soldaten in den Krieg schickte und mindestens 50 000 Mann verlor. In der Gesamtzahl beziffern sich die Verluste der UdSSR auf 460 000 Menschen (davon 180 000 Verletzte, 1000 Verschollene und 230 000 schwer Kriegsversehrte). Vgl. Kalinovsky, A Long Goodbye; Zahlen nach Plaggenborg, „Entwickelter Sozialismus“ und Supermacht 1964–1985, S. 509.

überwinden und dabei die sowjetische Außenpolitik, d.h. auch die KSZE-Ziele und -Strategien, durch das Brennglas seiner Binnenreformen nüchtern zu überdenken. Vorerst dominierten dabei die Absichten, das sozialistische System zu „revitalisieren“ – durch eine Besserung der Beziehungen mit dem Westen und den Transfer der Ressourcen von der Rüstungswirtschaft in den zivilen Bereich, durch begrenzte Wirtschaftsreformen und den „sozialistischen Meinungspluralismus“. Die Ergebnisse waren jedoch sehr weit von Gorbachevs Vorhaben entfernt. Die halbherzigen und widersprüchlichen Reformen führten nicht zur Erneuerung des Sozialismus, sondern legten die aufgestauten, unablässig unterdrückten nationalen und sozialen Konflikte sowie die Konkurrenzunfähigkeit des Sowjetsystems offen. Die wirtschaftlichen und politischen Krisensymptome verschärften sich so schnell, dass alle weiteren Versuche einer radikaleren innenpolitischen Umgestaltung sowie einer Aufrechterhaltung der multinationalen Union zu spät kamen und mit einem Fiasko endeten: Der „sozialistische Gesellschaftsvertrag“ wurde seitens der Bevölkerung aufgekündigt, die Partei gab ihr jahrzehntelang bestehendes Machtmonopol auf, das sowjetische Imperium implodierte und mit ihm der gesamte Ostblock.

Gorbachevs Misserfolg war aber zugleich ein Erfolg von weltgeschichtlichem Rang. Es gehört ohne Zweifel zu den größten politischen Verdiensten von Gorbachev, dass er den Verfall der Sowjetideologie und seiner eigenen Macht akzeptierte, den Untergang der Union gewaltfrei hinnahm⁴ und den osteuropäischen Staaten die „Rückkehr nach Europa“ ermöglichte. Doch war dies kein zwangsläufig linearer Vorgang und es war nicht allein Gorbachev, der ihn bestimmte. Auch wenn der Gorbachev-Faktor dabei als Erklärung zweifelsohne herausragt und die Aufkündigung des „sozialistischen Gesellschaftsvertrages“ ohne Einbeziehung der ökonomischen Faktoren nicht zu verstehen ist, vollzog sich die Implosion der Sowjetunion doch als Folge *vieler* Einzelschritte, von denen *einer* die Teilnahme der UdSSR am KSZE-Prozess war.

Die Relevanz der multilateralen Diplomatie zur Zeit der Perestroika zu untersuchen, war das Ziel dieser Arbeit. Gestützt auf vier Fragenblöcke wurden die Einflüsse der KSZE entlang der sich wandelnden und interdependenten staatlichen, gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Ebenen analysiert. Außer Frage steht am Ende der Befund, dass die KSZE in einer *lang-* und *kurzfristigen* Perspektive *indirekt* und *unmittelbar* die Liberalisierungsprozesse der Perestroika dynamisierte und damit zur Auflösung des Sowjetstaates sowie dem Ende des Kalten Krieges in einer komplexen Dialektik zwischen den Entwicklungen auf den genannten Ebenen beitrug. Ein ergebnisorientierter Rückblick auf die anfangs aufgeworfenen Fragen mag diese Interdependenzen zusammenfassend verdeutlichen.

⁴ Gerhard und Nadja Simon geben die geschätzte Zahl der Todesopfer in der UdSSR zwischen 1985 und 1992 mit 3200 an, wobei 90% der Opfer im armenisch-aserbaidchanischen Krieg um Berg-Karabach und bei den Ausschreitungen zwischen muslimischen Völkern im Fergana-Tal zu beklagen waren. Simon, Verfall, S. 10.

Erstens wurde zu Beginn der Untersuchung gefragt, welche Ziele mit welchen Strategien die Sowjetunion in den jeweiligen KSZE-Verhandlungen in der Zeit zwischen 1985 und 1991 verfolgte sowie wie und warum sie sich änderten (erster und vierter Fragenkomplex). Die außen- und politikgeschichtliche Analyse hat ergeben, dass die sowjetische KSZE-Politik unter Gorbachev einen gravierenden Funktionswandel durchmachte und als Spiegelbild der Perestroika zu „lesen“ ist. Sie verlor zunehmend an ideologischen Komponenten und wurde zugleich dem Primat der Innenpolitik untergeordnet. In der KSZE erblickte Gorbachev von Anfang an die Chance, etwas zu erreichen, was ihm im Alleingang nicht gelang, er aber für seine innenpolitischen Vorhaben dringend benötigte: den Westen und vor allem die USA zur Kooperation in sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Bereichen zu bewegen und aus der Stagnationsphase der Ost-West-Beziehungen zum produktiven Dialog zurückzufinden. Denn der Transfer der Ressourcen von der Rüstungswirtschaft in den zivilen Bereich ließ sich etwa nur dann vor dem sowjetischen militärisch-industriellen Komplex und der Bevölkerung rechtfertigen und durchsetzen, wenn die Spannungen mit dem Westen abgebaut und die zuvor ständig beschworene Kriegsgefahr ausgeräumt sein würden. Die KSZE war zudem das einzige transnational vorhandene Medium, mit dem sich das internationale Umfeld derart verändern ließ und damit Voraussetzungen für innenpolitische Reformen geschaffen werden konnten. Gorbachev entschied sich zu einer strategischen Offensive in einem seit der Unterzeichnung der Helsinki-Akte 1975 primär gewordenen und für die UdSSR sehr empfindlichen Bereich des KSZE-Prozesses – den Menschenrechten – und hoffte auf ein Entgegenkommen vonseiten des Westens. Allerdings begab er sich damit selbst, ob bewusst oder nicht, – die eingeschränkte Quellenbasis lässt hier keine eindeutigen Schlussfolgerungen zu – in eine „rhetorische Falle“, die eine längere fruchtbare zwischenstaatliche Kommunikationsphase, eine Reihe von Zugeständnissen an den Westen und binnenpolitische „Lernprozesse“ nach sich zog und im Verlauf der Perestroika zu einer wichtigen Absicherung der demokratischen Reformen wurde. Waren die Sicherung des *Status quo* in Europa und die Friedenspropaganda unter Breznev zu Beginn der multilateralen Verhandlungen noch Moskaus Ziele, so wurden sie unter dem Eindruck der Perestroika völlig revidiert: Aus einem Forum für die Propaganda des „Neuen Denkens“ und der Abrüstungspolitik in der Zeit zwischen 1985 und 1987 wurde die KSZE ab 1988 zum Instrument und Argument der radikalen Reformer, zum Vehikel der Demokratisierungspolitik und zum Projekt eines gemeinsamen, freien und sicheren Europa, dessen gleichberechtigtes Mitglied die Sowjetunion werden sollte, womit die vierte Hauptfrage der vorliegenden Arbeit beantwortet ist. Ein solcher Bedeutungswandel der KSZE für Gorbachev und seine Mitstreiter ergab sich indes gerade aus den lang- und kurzfristigen Folgen der multilateralen Diplomatie in der Sowjetunion.

Der zweite und größte Fragenkomplex betraf die Auswirkungen der KSZE auf die Gesellschaft und Politik der UdSSR, wobei hier eine vielschichtige Interdependenz festgestellt werden konnte. Zum einen wurde befunden, dass die KSZE eine Art „Hebamme“ für Gorbachevs Ideen und Liberalisierungsschritte war. Einzelne

Wissenschaftler und Personen, die Gorbačev persönlich kannten, sehen in seinem familiären Hintergrund,⁵ in seinen Reisen in den Westen und in Kontakten mit westeuropäischen Regierungschefs, insbesondere mit dem Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Felipe González, mit dem führenden Vertreter der internationalen kommunistischen Bewegung und dem italienischen Politiker, Enrico Berlinguer, oder auch mit dem tschechischen Kommunisten Zdeněk Mlynář, zu Recht die Keime seines undogmatischen Denkens.⁶ Die KSZE-Schlussakte erzeugte indes einen fruchtbaren Boden, auf dem die zunächst noch weitgehend rhapsodischen Gedanken zum entideologisierten „Neuen Denken“ in der Außen- und Innenpolitik gedeihen konnten. Sowohl Gorbačevs Philosophie des „Neuen Denkens“ als auch das Hinterfragen der bisher geltenden kommunistischen Wertehierarchie durch die Priorisierung der allgemeinhin menschlichen Werte gegenüber dem Klassenkampf und die damit einhergehende Erweiterung des Sicherheitsbegriffs um die neuen humanitären Aspekte hatten ihre Wurzeln in der KSZE-Schlussakte von 1975 und formten sich unter Wirkung des KSZE-Prozesses aus. Auf der Grundlage der bürgerrechtlichen Ideen der Schlussakte wollte Gorbačev nicht nur die Spannungen im Ost-West-Verhältnis beilegen (die Vorstellung vom „gemeinsamen europäischen Haus“), sondern gleichzeitig auch die Sowjetideologie moralisch erneuern. Während ihm Ersteres unerwartet glanzvoll gelang, erwies sich das zweite Vorhaben schlicht und einfach als unvereinbar mit der Ideenwelt der KSZE. Die KSZE-Normen und der rhetorische Anspruch der UdSSR auf ihre moralische Ebenbürtigkeit mit den westlichen Demokratien blieben dennoch bis zum Schluss richtungsweisend im sowjetischen Reformprozess. Je mehr sich der Kreml jedoch auf den Menschenrechtsdiskurs im Rahmen der multilateralen Verhandlungen, aber auch innenpolitisch einließ, umso stärker wurde Gorbačev angehalten, dem beanspruchten Selbstbild entsprechend zu handeln, und das hieß, die Verbreitung der westlich-liberalen Ideen im innersowjetischen Diskurs und die Inanspruchnahme der menschenrechtlichen Normen durch die Gesellschaft zu akzeptieren sowie radikale politische Reformen einzuleiten. Der KSZE-Prozess gab somit einen normativen Rahmen für Perestroika-Reformen vor und legitimierte diese.

In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass auch die wichtigsten Liberalisierungsmaßnahmen des Kremls unter dem Einfluss der Verhandlungen während des KSZE-Treffens in Wien eingeleitet und vertieft sowie nach 1989 in neue Gesetze gegossen wurden, wobei die Ambition der UdSSR auf die Organisation einer KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau in den Jahren zwischen 1986

⁵ Gorbačev war nicht nur ein „Kind der sechziger Jahre“, die unter Eindruck des XX. Parteitag und der partiellen Entstalinisierung von Chruščev standen, sondern zeichnete sich auch durch eine für seine Laufbahn eher ungewöhnliche Biografie aus. So wurden seine beiden Großväter aufgrund fingierter politischer Anklagen während Stalins Gewaltkampagne gegen die Bauernschaft verhaftet und seine Mutter war zum Trotz aller antireligiösen Kampagnen der Sowjetunion zutiefst religiös. Vgl. Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 59–64.

⁶ So English, *The Sociology of New Thinking*, S. 60; Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 67, 83, 197ff.; Grachev, *Gorbachev's Gamble*, S. 46f.

und 1989 die treibende Kraft war. Der Demokratisierungsdruck des Westens war nach Meinung von Burlackij einer der Schlüsselfaktoren für die demokratischen Reformen.⁷ Die Erweiterung der gesellschaftlichen Handlungsspielräume und die Entkriminalisierung der zivilgesellschaftlichen Initiativen, die Liberalisierung der Informations- und Emigrationspolitik sowie die Respektierung der Religionsfreiheit gestalteten sich in der Tat unter dem Druck der westlichen KSZE-Teilnehmerstaaten und unter der Einwirkung des KSZE-Prozesses, bezogen aus ihm ihre Legitimation und stützten sich auf dessen Normen. Die KSZE-Verpflichtungen galten dabei für viele im Apparat nicht mehr als lästige Verpflichtungen, sondern als wünschenswerte Standards für die binnenstaatlichen Beziehungen; sie halfen sogar den reformorientierten Kräften, den angefangenen Reformprozess am Leben zu halten und in der Auseinandersetzung mit den Konservativen für die Novellierung der bestehenden Ordnung zu argumentieren, was die Tätigkeit der Burlackij-Kommission zeigte. Die offensive Haltung des Kremls auf dem Treffen in Wien und die Einbeziehung der KSZE-Prinzipien in die Argumentation auf der Ebene der Partei waren gewissermaßen legale Mittel bei der „Politischen Manipulation“ der politischen Agenda durch Gorbachev und seine Gleichgesinnten. In diesem Zusammenhang bezeichnete Matthew Evangelista Gorbachev als einen *heresthetician*, der fähig war, die Menschen mit Rhetorik zu überzeugen und damit die politische Agenda in seinem Sinne trotz Widerstände innerhalb der Partei zu gestalten.⁸ Eine verstärkte und durchaus erfolgreiche Einbeziehung der KSZE-Bestimmungen in den innenpolitischen Reformdiskurs wurde indes nach der Unterzeichnung des Schlussdokuments des KSZE-Treffens in Wien im Januar 1989 festgestellt. Überaus außergewöhnlich ist der Befund, dass Teile der Parteielite die Argumentationspraktiken der früheren Helsinki-Gruppen übernahmen und in einer unsichtbaren Allianz mit den gesellschaftlichen Initiativen die Anpassung der innenpolitischen Verhältnisse an die KSZE-Standards einforderten. Die KSZE stärkte so nachweislich die politische Machtstellung Gorbachevs, seiner reformorientierten Mitstreiter und einzelner Institutionen (so des MID) und bestimmte in gewisser Weise die Reformrichtung, die zunehmend an Eigendynamik gewann, während die individuell-freiheitlichen Prinzipien und Menschenrechte ab 1989 zum festen Bestandteil des offiziellen öffentlichen Diskurses wurden.

⁷ So Burlackij in einem Interview, zitiert nach Snyder, Human Rights, S. 221.

⁸ Evangelista, Matthew: Norms, Heresthetics, and the End of the Cold War, in: JCWS, Vol. 3, Nr. 1, 2001, S. 5–35. Evangelista erklärt mit Gorbachevs Fähigkeiten als *heresthetician* die Durchsetzung der demokratischen Reformen der Perestroika am Beispiel der Entmilitarisierungspolitik. „Attention should be paid to Gorbachev's strategic use of language, norms, and information to link material and ideational arguments on behalf of his preferred policies“, schreibt Evangelista. Vgl. ebd., S. 26. Sehr nah an diesen Erklärungsansatz ist Anatolij Dobrynin, der in seinen Erinnerungen, auch am Beispiel der Entmilitarisierungspolitik, Gorbachev als einen wortgewandten Politiker darstellt, der die Kunst der politischen Manipulation beherrsche und seine Vorhaben trotz Opposition gekonnt durchsetze. Dobrynin, Sugubodoveritel'no, S. 609ff., 655–659. Der Begriff *heresthetician* bzw. *heresthetic* geht auf den Politologen William Harrison Riker zurück und meint die Kunst der „Politischen Manipulation“.

Die politische Wirklichkeit der Sowjetunion veränderte sich jedoch nicht nur „von oben“, sondern auch und vor allem durch die gesellschaftlichen Akteure „von unten“ bzw. im Prozess des strukturellen Wandels der Sowjetgesellschaft. Die Bevölkerung, in starkem Maße die Intelligenz, begrüßte nach einem kurzen Zögern Gorbačëvs Perestroika begeistert und schrieb sich seine sowie die KSZE-Leitsätze auf die Fahnen. Und während die parteiinternen Vorgänge sich noch einigermaßen steuern ließen, geriet die sowjetische Öffentlichkeit aus allen Fugen. Sie entdeckte die neuen Freiräume, verteidigte sie und forderte ihre Vertiefung und gesetzliche Absicherung. Der KSZE-Prozess stellte dabei zwar keine die Massenmobilisierung auslösende Ursache dar. Viele Sowjetbürger bezogen jedoch aus ihm die Legitimation für ihre Aktivitäten und Forderungen, insbesondere nach der Bekanntgabe des besagten Schlussdokuments von Wien. Somit behielten die KSZE-Dokumente auch während der Perestroika in Kontinuität mit der Helsinki-Periode (der 1970er Jahre) ihre Zitierfähigkeit, und die KSZE bewahrte ihre Eigenschaft als Appellinstanz in der Wahrnehmung zahlreicher Sowjetbürger. Ein Teil der gesellschaftlichen Gruppen – hier vor allem die Ausreise-, die Bürgerrechtsgruppen oder die Nationalbewegung im Baltikum – agierte unter dem Eindruck des fortgesetzten KSZE-Prozesses und in Kontinuität zur Helsinki-Bewegung der früheren Jahre; sie rezipierten die KSZE aus dem Blickwinkel ihrer Eigeninteressen und daher zum Teil eklektisch. So ergab die Analyse der Programmatik und der Aktivitäten der verschiedenen Gruppen, dass die KSZE als Referenz und als Appellinstanz für die Ausreisewilligen in der UdSSR diene; dass aus dem Dekalog der Schlussakte von Helsinki der Diskurs des Nationalen sowie die Souveränitäts- bzw. die Separationsforderungen der Volksfronten im Baltikum ihre Legitimität bezogen und die dort neu gewählten Regierungen die internationale Anerkennung ihrer Republiken über die multilaterale Diplomatie anstrebten; dass sich ein Teil der Bürgerrechtsgruppen als Folge der veränderten KSZE- und Menschenrechtspolitik des Kremls restituierte und seine politischen Forderungen an den Parteistaat unter der argumentativen Hinzuziehung der KSZE bzw. über die KSZE-Menschenrechtsnetzwerke und westliche KSZE-Unterzeichnerstaaten kommunizierte. Die zentralen Prinzipien der Schlussakte wurden infolge dieser Prozesse von den informellen Gruppen, vor allem durch die Inanspruchnahme der Versammlungs- und Meinungs- bzw. Pressefreiheit („Zweiter Samizdat“) in die sich ausweitende Öffentlichkeit getragen und als integraler Bestandteil des gesellschaftlichen Diskurses, den sie zugleich dynamisierten, etabliert. Die Verwischung der Jahrzehnte zuvor geltenden Grenzen zwischen der „offiziell-öffentlichen“ und der „privat-öffentlichen“ Sphäre und somit die Untergrabung der staatlichen Deutungsmacht waren die unmittelbaren Folgen. Dabei unterlagen die sozialistischen weltanschaulichen Grundlagen in der Sowjetunion den neuen und durch die politisierende Sowjetgesellschaft verstärkt eingeforderten Freiheiten einer demokratischen Staatsordnung: dem Recht des Einzelnen auf eine eigene Meinung und ihre freie Äußerung, auf eine Organisation in Interessengruppen außerhalb der staatlichen Institutionen und Zielvorgaben, auf die Reisefreiheit, auf die nationale Selbstbe-

stimmung, auf die politische Opposition und auf verschiedenste Formen ihrer Äußerung.

Die multilateralen Verhandlungen in Wien erweiterten dabei auch die innenpolitischen Spielräume der gesellschaftlichen Opposition erheblich, während die Handlungsoptionen der Regierung und noch mehr der orthodoxen Regimeanhänger sich in dem Maße verringerten, wie die Zahl der gesellschaftlichen Akteure und der Demokratisierungsdruck sowohl durch diese von innen als auch von „außen“ (seitens der westlichen KSZE-Unterzeichnerstaaten) anstiegen und die Gültigkeit der KSZE-Menschenrechtsnormen bei den staatlichen Vertretern Akzeptanz fand. Die Machtlosigkeit der Partei in Beziehung zur Gesellschaft manifestierte sich in den oft verspäteten und widersprüchlichen Reaktionen auf die informellen Initiativen. Die gesellschaftlichen Gruppen waren indes oft politisch umso erfolgreicher und vor staatlichen Repressionen geschützter, je deutlicher ihnen die Verknüpfung mit der multilateralen Diplomatie und mit den transnationalen Helsinki-Netzwerken und somit die Sensibilisierung der Öffentlichkeit in West und Ost für ihre Belange gelang – so im Fall der Ausreise- und Bürgerrechtsvereinigungen oder auch der nationalen Gruppen im Baltikum. Letzteren gelang es schließlich, ihre Sezessionsbestrebungen auf die Agenda der multilateralen Diplomatie zu bringen und so eine, wenn auch etwas reservierte Unterstützung seitens des Westens zu generieren.

Doch auch die anderen gesellschaftlichen Initiativen, die sich nicht explizit auf die KSZE beriefen, nahmen indirekt die in der KSZE-Schlussakte verbrieften Rechte in Anspruch und waren dadurch vor den Angriffen des Staates geschützt – da Gorbatschow mit der Vertiefung der Perestroika und des KSZE-Prozesses in eine wachsende internationale Rechenschaftspflicht geriet. Dabei war er sowohl in materieller als auch in moralischer Hinsicht verwundbar – weil er zum Ende seiner Reformzeit immer mehr auf die wirtschaftliche Hilfe und politische Unterstützung des Westens bzw. auf die Absicherung seiner Reformen von „außen“ angewiesen war und weil er die Mitgliedschaft der UdSSR in einer internationalen Gemeinschaft liberaler Staaten für wertvoll erachtete und den von ihm selbst proklamierten allgemeinmenschlichen Prinzipien nicht zuwiderhandeln konnte. Was zunächst noch eine instrumentelle Anpassung an die Erwartungen der westlichen Gemeinschaft darstellte, entwickelte sich im Prozess der Perestroika zum genuinen Verhalten.

Die vorliegende Analyse hat außerdem ergeben, dass die Erweiterung des innersowjetischen Diskurses um die Menschenrechtsnormen mit der gesellschaftlichen Eruption und mit der Erosion der Sowjetideologie einherging. Denn waren bestimmte ideologiekonträre Inhalte und Aussagen erst einmal in die offizielle Kommunikationssphäre transportiert, enthüllten sie das mannigfache Versagen bzw. die Unrechtmäßigkeit der sowjetischen politischen Ordnung und provozierten so antiparteiliche-, Antiunions- und antikommunistische Stimmungen unionsweit. Die Wahlen zum Volksdeputiertenkongress im März 1989, der erste öffentliche Kongress und die darauf folgenden, gegen die Partei und die Staatsführung gerichteten Massenkundgebungen in den Jahren 1990 und 1991 demons-

trierten den Autoritätsverlust der KP in der Bevölkerung und die Krise des Sowjetsystems besonders drastisch. Sie zeigten, dass die jahrzehntelang als gerecht und perfekt geltende politische Ordnung vollends aus dem Gleichgewicht geraten war und zur Lösung aufgetauter, vor allem ökonomischer Probleme, nicht mehr taugte. Dieses Ergebnis leitet zur dritten Fragestellung dieser Arbeit über, welche die normativen Wirkungen der KSZE thematisiert.

Es wurde an mehreren Stellen dieser Untersuchung festgestellt, dass die geschilderten Wandlungsprozesse destruktive Folgen für die Staatsideologie hatten, während die im Rahmen der KSZE getroffenen Vereinbarungen konstitutiv auf den Normenhaushalt der Sowjetunion und auf die soziale Identität ihrer Akteure wirkten und zu Verhaltensänderungen führten. Was früher als „normal“ galt – sei es die Unterdrückung abweichender Meinungen, das Wahrheitsmonopol der KPdSU oder Repressionen –, wurde im Verlauf der Perestroika verurteilt und durch einen neuen, im KSZE-Prozess ausgearbeiteten, Gewalt und Unterdrückung delegitimierenden *zwischen- und binnenstaatlichen Verhaltenskodex* abgelöst. Nicht mehr Ideologie, sondern „allgemeinmenschliche“ Werte, weiter ausformuliert in den Schlussdokumenten des Treffens in Wien und in Kopenhagen sowie in der „Charta von Paris für ein neues Europa“, wurden als bestimmende Standards angemessenen Verhaltens von den staatlichen Akteuren anerkannt. Dieser Befund bestätigt die anfangs formulierte und auf konstruktivistische Ansätze gestützte These über die konstitutive „Macht“ der Menschenrechte und die Rolle der KSZE als eine „transnationale Sozialisatorin“. Allerdings darf daraus nicht geschlussfolgert werden, dass die im Rahmen der KSZE formulierten Wertvorstellungen und Normen in der Sowjetunion der Perestroika von *allen* angenommen oder gar habitualisiert wurden. Vielmehr ließ sich in der UdSSR ein „negatives Lernen“ beobachten. Die systemimmanente Werthierarchie wurde zwar auf den Kopf gestellt und die alten Prinzipien verloren an Gültigkeit, die populär gewordenen westlich-liberalen Ideen sind jedoch nicht vollends internalisiert und habitualisiert worden. Zwar wurden die zentralen KSZE-Bestimmungen vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion ins nationale Recht eingebracht und veränderten die politisch-gesellschaftliche Struktur gravierend, sie wurden allerdings nicht zur Norm verinnerlicht, um effektiv und handlungsleitend zu sein, was der folgende Ausblick in das postkommunistische Russland noch deutlich machen soll. Außer Frage steht jedoch am Ende der Befund, dass die Aufnahme der bürgerrechtlichen Ideen in den Normenhaushalt der Sowjetunion die ohnehin schon erodierten ideologischen Bestandssicherheiten des Staates gänzlich ruinierten.

Abschließend ist zu resümieren, dass der Untergang der Sowjetunion sich in vielen Einzelschritten vollzog und auf ein ganzes Ursachenbündel zurückzuführen ist. Die strukturbedingte politische und ökonomische Krise des Sowjetsystems, die durch das Ressourcen verschlingende Wettrüsten mit den USA seit dem Ende der 1970er Jahre verschärft wurde, die Überdehnung des sowjetischen Sozialstaates und des imperialen Einflussbereiches mussten früher oder später wenn nicht zum Kollaps der labilen Großmacht, so doch zu einzelnen Systemkorrektu-

ren führen. Dass es in den späten 1980er Jahren zu fundamentalen Reformen und schließlich zum Zusammenbruch kam, ist unbestritten auf den Aufstieg von Michail Gorbachev zurückzuführen, der den Prozess ins Rollen brachte. Gorbachev war *der* Auslöser. Doch konnte er die von ihm ausgelöste Kettenreaktion bald nicht mehr in die erwünschte Richtung steuern. Die staatssozialistische bzw. akteurszentrierte Binnenperspektive allein reicht daher nicht aus, um vollends zu verstehen, aus welchem Grund die Reparaturversuche angefangen und vertieft wurden, warum und wie sie scheiterten. Der britische Historiker Timothy Garton Ash stellte in seinem Essay „1989!“ treffend fest, dass der Kern von 1989 nicht „allein in den vielfältigen Interaktionen zwischen einer Gesellschaft und dem Parteistaat lag, sondern zwischen vielen Gesellschaften und Staaten, und zwar in einer Art dreidimensionalem Schachspiel“.⁹ Eine solche dritte Dimension, die in der spätsowjetischen Kausalkette nicht wegzudenken war und die diese Arbeit in verschiedenen Phasen der Perestroika beleuchtete, stellte der mit der Helsinki-Schlussakte 1975 in Gang gesetzte KSZE-Prozess dar. Denn die KSZE brachte für die Sowjetunion nicht nur neue Interdependenzen im Bereich der militärischen Sicherheit und Entspannungspolitik, sondern auch neue exogene Herausforderungen für das System, die von der wandelnden Qualität der internationalen Beziehungen herrührten. Der KSZE-Prozess revolutionierte, erstens, die internationalen Beziehungen, indem er die Menschenrechte zum Gegenstand der Diplomatie erklärte, die Individuen sowie gesellschaftlichen Gruppen zu deren Akteuren machte und das klassische Sicherheitsverständnis eines Staates um humanitäre Aspekte erweiterte. Damit wurde die Regierung im Kreml einem Demokratisierungsdruck von außen ausgesetzt und in einen beständigen Zugzwang gebracht. Für die Protagonisten der Perestroika lieferte indes die KSZE ein günstiges, die Demokratisierung legitimierendes internationales Umfeld. Zweitens erwies sie sich als Quelle mancher Liberalisierungsschritte und Ideen von Gorbachev und wurde zum Vehikel nicht nur der westlichen Regierungen, sondern auch der innergesellschaftlichen Kräfte im demokratischen Reformprozess der Sowjetunion. Von Anfang an wirkten dabei die KSZE und ihre Menschenrechtsnormen wie ein „Brandbeschleuniger“¹⁰ auf die eigendynamischen innenpolitischen Entwicklungen. Sie wurden zum Argument und Instrument der Gesellschaft und der Politik. Und sie sicherten, drittens, nicht nur die *gewaltfreie* Verschiebung der Machtverhältnisse in der Sowjetunion, sondern auch das einmalig „geräuschlose Auseinanderbrechen“ eines riesigen Imperiums ab. Jene zehn Prinzipien, auf die sich Brežnev 1975 in Helsinki zusammen mit den anderen Staats- und Regierungschefs geeinigt hatte, wurden zur konsensualen Reformgrundlage sowohl in der UdSSR als auch in ihren Nachfolgestaaten. Schließlich bereitete die multilaterale

⁹ Ash, Timothy Garton: *Jahrhundertwende. Weltpolitische Betrachtungen 2000–2010*, Bonn 2010, S. 81.

¹⁰ So der Vergleich von Helmut Altrichter in der Schlussbemerkung zur Konferenz des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin „Der KSZE-Prozess: Internationale Politik und Gesellschaftliche Transformation (1975–1989/90)“, durchgeführt vom 21. bis 23. 11. 2010 in München, am 23. 11. 2010.

Diplomatie auf diese Weise den Weg für das Ende des Kalten Krieges – in ihrem Rahmen wurde es auch herbeigeführt und proklamiert (in der Charta von Paris). Die Vertiefung des KSZE-Prozesses, die Übernahme von dessen Bestimmungen in das geltende Recht der Sowjetunion und deren parallele Auflösung sowie das Ende des Kalten Krieges waren daher zwei Seiten einer Medaille.

2. Ausblick

War es die Aufgabe der KSZE gewesen, Europas Teilung zu mildern und die verfeindeten Blöcke einander näher zu bringen, so hat sie diese mit Sicherheit mehr als erfüllt. Als ein zwischenstaatliches Diskussionsforum trug die KSZE zweifelsohne zur Überwindung des Kalten Krieges und der Erschaffung eines neuen friedlichen Europas bei. Als solche begünstigte und lancierte die KSZE die Verbreitung westlich-liberaler Wertvorstellungen östlich des Eisernen Vorhangs und bereitete so den Boden für die Entstehung neuer, demokratisch organisierter Staatsordnungen in Ostmittel- und Osteuropa. Man sollte meinen, der „Geist von Helsinki“ habe nach dem Beitritt aller neuen Republiken zur heutigen KSZE-Nachfolgeorganisation OSZE in diesen Staaten feste Wurzeln schlagen und eine erfolgreiche Transformation zu den demokratisch legitimierten Staatsordnungen hin fördern können. Legt man jedoch die Prinzipien der KSZE als Kriterien einer erfolgreichen Transformation zugrunde, so stellt man schnell fest, dass die meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion und insbesondere Russland die ersten demokratischen Errungenschaften von Gorbačevs Perestroika nur sehr kurzfristig bewahren und schon gar nicht mehr weiterentwickeln konnten.

Hier ist nicht der Platz für eine detaillierte Analyse oder Darstellung der Funktionsfähigkeit der politischen Systeme der ehemaligen Sowjetrepubliken nach 1991. Zusammenfassend ist an dieser Stelle lediglich festzuhalten, dass nur drei der Nachfolgestaaten – Estland, Lettland und Litauen – jeweils funktionsfähige demokratische Systeme entwickeln konnten und zu vollwertigen Mitgliedern Europas wurden,¹¹ während alle anderen Staaten bei ihren postkommunistischen Demokratisierungsbemühungen gemeinhin als gescheitert gelten können. Nimmt man zur Orientierung die jährlichen Werte der Forschungseinrichtung „Freedom House“, so wird man seit 1991 jeweils lediglich der Ukraine, Georgien und Moldawien mehr oder weniger erkennbare Erfolge bescheinigen können (siehe Tab. 3).

¹¹ Ein Ausdruck dieses Fortschritts ist nicht nur die Mitgliedschaft dieser Staaten in der Europäischen Union, sondern auch ihre positive Bewertung durch die Forschungseinrichtung „Freedom House“. Diese ermittelt jährlich von jedem Land der Welt den Freiheitsgrad aus dem Durchschnitt zweier Werte („Political Rights Index“/PR und „Civil Liberties Index“/CL). Je kleiner der jeweilige Index, desto freier ist ein Land. Der ermittelte Freiheitsgrad, auch „Gastil-Index“ genannt, bestimmt die Bezeichnung des Landes: „free“ (Werte 1,0–2,5), „partly free“ (Werte 3,0–5,5), „not free“ (Werte 5,5–7,0). Seit 1991 haben Litauen, Estland und seit 1994/1995 Lettland die Einstufung als „freie“ Staaten. Mehr zu der Forschungseinrichtung, ihren Arbeitsmethoden und jährlichen Berichten siehe im Internet: <http://www.freedom-house.org/template.cfm?page=2>.

Alle anderen Staaten haben die Standards und Spielregeln des liberalen Rechtsstaates entweder gar nicht übernommen oder diese nicht als geltende Normen durchzusetzen vermocht, sodass sie heute den Status der „unfreien“ oder „halb-freien“ Staaten haben, obwohl sie sich alle durch ihren Beitritt zur OSZE durch die Ratifizierung der Helsinki-Schlussakte und der Charta von Paris zu deren Prinzipien verpflichtet hatten.¹²

Tabelle 3: Freedom House Country Rating¹³

Edition	1993-94			1998-99			2004			2009			Trend
Year(s) covered	1993			1998			2003				2008		
	PR	CL	Status	PR	CL	Status	PR	CL	Status	PR	CL	Status	
Armenien	3	4	PF	4	4	PF	4	4	PF	6	4	PF	↓
Aserbaidschan	6	6	NF	6	4	PF	6	5	NF	6	5	NF	↓
Belarus	5	4	PF	6	6	NF	6	6	NF	7	6	NF	↓
Georgien	5	5	PF	3	4	PF	4	4	PF	4	4	PF	↑
Kasachstan	6	4	PF	6	5	NF	6	5	NF	6	5	NF	↓
Kirgisien	5	3	PF	5	5	PF	6	5	NF	5	4	PF	↓
Moldawien	5	5	PF	2	4	PF	3	4	PF	4	4	PF	↑
Russland	3	4	PF	4	4	PF	5	5	PF	6	5	NF	↓
Tadschikistan	7	7	NF	6	6	NF	6	5	NF	6	5	NF	↓
Turkmenistan	7	7	NF	7	7	NF	7	7	NF	7	7	NF	↓
Ukraine	4	4	PF	3	4	PF	4	4	PF	3	2	F	↑
Usbekistan	7	7	NF	7	6	NF	7	6	NF	7	7	NF	↓

PR steht für „Political Rights“, CL steht für „Civil Liberties“ und Status für „Freedom Status“.
F, PF and NF stehen jeweils für „Free“, „Partly Free“ und „Not Free“.

Der Trend zur Konsolidierung autokratischer Regime in der Region der ehemaligen Sowjetunion wird auch vom Bertelsmann Transformation Index (BTI) bestätigt, der alle zwei Jahre die Fortschritte von 128 Transformations- und Entwicklungsländern auf ihrem Weg zur rechtsstaatlichen Demokratie und sozial verantwortlichen Marktwirtschaft (Status-Index) misst.¹⁴ Dies trifft insbesondere auf den Nachfolgestaat der Sowjetunion, die Russische Föderation, zu.

Lässt man die Entwicklung Russlands in den letzten 20 Jahren Revue passieren, so ergibt sich in der Tat ein äußerst diffuses und pessimistisches Bild. Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991 begann in Russland zunächst eine Phase, die als „Doppelherrschaft“ oder als „Verfassungskrieg“ bezeichnet wurde und in der umstrittenen Auflösung des Parlaments durch den Präsidenten Boris

¹² Tadschikistan und Turkmenistan sind zwar der OSZE beigetreten, sie haben jedoch bis heute noch nicht die Charta von Paris unterzeichnet. Eine Übersicht zu den Mitgliedern der OSZE findet sich auf folgender Internetseite: <http://www.osce.org/about/13131.html>.

¹³ Diese Tabelle stellt lediglich einen Ausschnitt der Entwicklung des Freiheitsgrades in den UdSSR-Nachfolgestaaten dar und stützt sich auf die jährlichen Berichte von Freedom House. Eine komplette Übersicht ist unter <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=5> zu finden.

¹⁴ Vgl. Russland-Analysen, Nr. 197, 2010; Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Transformation Index 2010. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Gütersloh 2009, <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/>.

El'cin im Herbst 1993 eskalierte.¹⁵ Die von El'cin durchgesetzte, am 25. Dezember 1993 in Kraft getretene russische Verfassung orientierte sich durchaus an den Grundsätzen der westlichen Demokratien und definierte Russland als einen demokratischen, föderalen Rechtsstaat mit republikanischer Regierungsform (Art. 1).¹⁶ Im ersten Abschnitt, Artikel 2, erklärte sie den Menschen, „seine Rechte und Freiheiten“ als den „höchsten Wert“ und die „Anerkennung, Wahrung und den Schutz der Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers“ zur „Verpflichtung des Staates“. Der Grundrechtskatalog umfasst die gesamten 47 Artikel mit den klassischen bürgerlichen Freiheitsrechten, darunter auch der festgeschriebenen Universalität und Unveräußerlichkeit der Menschenrechte (Art. 17). Gleichwohl gestaltete sich der institutionelle und politische Neuanfang Russlands äußerst kompliziert und im Widerspruch zu den Grundsätzen eines parlamentarisch organisierten demokratischen Staates. Der ausgebliebene Wechsel der politischen Elite,¹⁷ die Wiederkehr patriarchalischer Grundmuster bei der Ausübung der Macht und die sich häufenden Rückfälle in autoritäre Tendenzen, das Erstarken der Clan- und Mafiastrukturen, die Bedeutungszunahme des Nationalen Sicherheitsrates, der die Züge des alten Politbüros anzunehmen schien, die Rückkehr imperialer Losungen, kurz, die „Resowjetisierung“ des politischen Systems unter Boris El'cins Präsidentschaft (bis 1999) und der 1994 in Gang gesetzte blutige Tschetschenien-Krieg offenbarten auf besonders drastische Weise die Kluft zwischen der neuen Verfassung und der Realität und veranlassten die Beobachter sowohl im Westen als auch im Osten zu der Frage, ob nicht der Geist der Brežnev-Zeit nach Russland zurückkehre.¹⁸ Als bald trat der Hoffnungsträger der demokratischen Bewegung der Perestroika, Boris El'cin, in die Fußstapfen seiner Vorgänger aus der Sowjetzeit. Er setzte die überragende Vorherrschaft der Exekutive über die Legislative durch und begann den russischen Nationalismus sowie anstelle von Gorbachevs Leitidee des Rechtsstaates die Vorstellung eines „Starken Staates“ zu propagieren, die von Vladimir Putin (1999–2000) zur „Vertikale der Macht“ weiter getrieben wurde. Während El'cin noch Demokratie mit den libe-

¹⁵ Dabei handelte es sich um eine Auseinandersetzung zwischen der Legislative und Exekutive um die zu verabschiedende Verfassung Russlands. Während ein Teil der Parlamentarier einen Verfassungsentwurf in der Tradition der früheren sozialistischen Verfassung durchzubringen versuchte, setzte sich El'cin für ein Alternativprojekt ein, das die Grundrechte aufwertete und sich an ein semi-präsidentielles Regierungssystem nach französischem Vorbild orientierte. Vgl. ausführlich dazu Breska, Eric von: Doppelherrschaft und Verfassungskrieg in Russland, in: Mommsen, Margareta/Bos, Ellen/Steinsdorff, Silvia von (Hrsg.): Demokratie-Experimente im Postkommunismus. Politischer und institutioneller Wandel in Osteuropa, Bd. 2, Münster 1995, S. 49–76; Mommsen, Margarete: Wohin treibt Russland? Eine Großmacht zwischen Anarchie und Demokratie, München 1992.

¹⁶ Den deutschen Text der Verfassung siehe unter: <http://www.constitution.ru/de/index.htm>.

¹⁷ Allein unter den engsten Mitarbeitern El'cins betrug der Anteil der früheren Nomenklatura der neuen Regierung etwa 75%, in den regionalen Verwaltungen sogar über 80%. Vgl. Mommsen, Margareta: Russlands „Nomenklaturdemokratie“ – Herrschende Elite und Regierungspraxis nach den Dezemberwahlen 1993, in: Mommsen/Bos/Steinsdorff von, Demokratie-Experimente, S. 77–104.

¹⁸ Mommsen, Wohin treibt Russland?, S. 234.

ralen Wirtschaftsreformen gleichsetzte, bemühte sich Vladimir Putin erst gar nicht mehr um den Schein einer „Demokratie“. Für ihn rangierte die Wiederherstellung der Großmachtrolle Russlands an oberster Stelle. Ein neuer Kurs in Richtung Zentralisierung und Militarisierung des Systems,¹⁹ die Aushöhlung der Verfassungsorgane, die Einschränkung des politischen Wettbewerbs und der Medienfreiheit, die Ausmerzungen der öffentlichen Politik, die Verstaatlichung der Zivilgesellschaft und die „Re-Verstaatlichung von Sicherheit“,²⁰ sowie die damit einhergehende Rückbesinnung auf die „russischen Werte“ (der traditionelle Obrigkeitsstaat, die „Diktatur des Gesetzes“) waren im „System Putin“²¹ bis 2008 und sind heute noch, nach der Präsidentschaft von Dmitrij Medvedev (2008–2012) zu beobachten. Gorbačev und seine Regierung wurden indes für den Zerfall der Sowjetunion verantwortlich gemacht und damit auch für den gesunkenen Lebensstandard der Bevölkerung in den 1990er Jahren. Die westlich-liberalen Prinzipien und Ideale, die am Ende von Gorbačevs Perestroika so populär waren, wichen dabei schnell imperialen Losungen und sogar Rückorientierungen auf die „alten“ sowjetischen Wertvorgaben.

So ergeben die jährlichen Umfragen des Levada-Zentrums, dass die Attraktivität von westlichen Regierungssystemen in Russland seit 1996 kontinuierlich gesunken ist (von 28% im Februar 1996 auf 18% im Februar 2009), während die Zustimmung zum sowjetischen System, mit Ausnahme des Jahres 2008, deutlich überwog.²² 51% der Befragten waren außerdem 2009 der Meinung, dass für die Lösung von Russlands Problemen ein „starker Führer“ und nicht die „Demokratie“ (nur 30%) notwendig sei.²³ Eine „Demokratie“ wurde zwar von der Mehrheit gewünscht, doch nur von 20% wurde eine solche wie in Europa oder den USA angestrebt. Dagegen wünschten sich 18% ein System wie in der UdSSR (sic!) und 39% eine „vollkommen besondere, den nationalen Traditionen und der Spezifik Russlands entsprechende“ Regierungsform. Die Besonderheit der „vaterländischen Demokratie“ bestehe in der führenden Rolle des Staates und in der Konzentration der Macht in den Händen einer Person.²⁴ Entsprechend attraktiver erschien den Bürgern Russlands ein Wirtschaftssystem, das vom Staat gelenkt wird (Febr. 2009: Zustimmung von 58%), gegenüber einem auf Privateigentum und freiem Markt beruhenden System (Febr. 2009: nur 28%).²⁵ Im Jahr 2000

¹⁹ Diese kam vor allem in der Rekrutierung von Spitzenbeamten aus Militär und Sicherheitsorganen zum Ausdruck. Mommsen, Margareta/Nußberger, Angelika: Das System Putin, München 2007.

²⁰ Gestwa, Sicherheit, S. 466.

²¹ Mommsen/Nußberger, Das System.

²² Hierfür wie für das Folgende siehe ausführlich: Obščestvennoe mnenie – 2009. Ežegodnik. Analitičeskij centr Jurija Levady, Moskva 2009, hier Tab. 3.2 auf S. 31; Gudkov, Lev/Dubin, Boris/Zorkaja, Natalija: Postsovetskij čelovek i graždanskoe obščestvo, Moskau 2008, S. 49f.; Gudkov, Lew: Die politische Kultur des postsowjetischen Russland, in: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Länderbericht Russland, Bonn 2010, S. 410–440, S. 436.

²³ Obščestvennoe mnenie, Tab. 3.8 auf S. 31.

²⁴ 10% waren der Meinung, Russland brauche gar keine Demokratie und 14% hatten dazu keine Meinung. Ebd., Tab. 3.7 auf S. 30; vgl. auch Gudkov, Die politische Kultur, S. 436.

²⁵ Obščestvennoe mnenie, Tab. 4.1 auf S. 40.

waren außerdem 76% der Befragten überzeugt, dass die marktwirtschaftlichen Reformen der Regierung von El'cin dem Land mehr geschadet als genutzt haben (2009 waren es zwar nur noch 48%, jedoch immer noch die Mehrheit der Interviewten).²⁶ Im Jahr 2009 hielten 59% der Befragten (2000 sogar noch 81%) die „Ordnung“ für wichtiger als die „Demokratie“, selbst wenn dafür die Verletzung von Menschenrechten bzw. die Einschränkung der Freiheitsrechte in Kauf genommen werden müssten.²⁷

Das heutige Demokratieverständnis der Russen bezeichnet der Direktor des heutigen Lewada-Zentrums, Lev Gudkov, als „wirr“, „widersprüchlich“ und „amorph“.²⁸ Es scheint, als sei das postsowjetische Russland in das Wertevakuum der Perestroika zurückgefallen, denn seine Bevölkerung hat immer noch keine klare Vorstellung davon, welche politische Ordnung für Russland wünschenswert ist. Ein solches Ergebnis sei nicht zufällig und speise sich, so Gudkov, entweder aus „nebulösen Ideen zum politischen Umbau, die während der Perestroika zirkulierten“, oder „aus den Enttäuschungen während der Krisenjahre in postkommunistischer Zeit“.²⁹ Darüber hinaus herrschen bei der überwältigenden Mehrheit der Russen eine Gleichgültigkeit gegenüber der Politik und Misstrauen gegenüber den zentralen Institutionen mit Ausnahme des Präsidenten. Der für die Zeit der Perestroika konstatierte hohe Politisierungsgrad und das Protestpotenzial der Bevölkerung wurden durch eine geradezu unvorstellbare Passivität abgelöst: Mehr als 90% der Befragten des Lewada-Zentrums sind in keiner gesellschaftlichen Organisation aktiv und stehen der Arbeit von nichtstaatlichen Organisationen gleichgültig gegenüber.³⁰

Das hier skizzierte Bild trägt Züge einer autoritären Herrschaft mit der politischen Mentalität des Obrigkeitsstaates und stellt einen Teil der Ergebnisse dieser Untersuchung durchaus in Frage: Wie lässt sich ein derartiger Rückfall der Bevölkerung in politische Passivität und autoritäre Denkmuster nach einer Phase der Massenmobilisierung und der Hochkonjunktur westlicher Werte erklären? Dies umso mehr, als dass dieses disparate Bild auch seine Entsprechung in Russlands aktueller OSZE-Politik findet. War Russland in der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch an der KSZE/OSZE als einem Sicherheitsmodell des 21. Jahrhunderts interessiert, wandte es sich nach der Erfahrung des Kosovo-Krieges 1999 immer mehr von der Organisation und ihren Ideen ab.³¹ Mit der Institutionalisierung des

²⁶ Ebd., Tab. 4.3.

²⁷ Ebd., Tab. 3.11 auf S. 32.

²⁸ Gudkov, *Die politische Kultur*, S. 416.

²⁹ Ebd., S. 418.

³⁰ Ebd., S. 433. Als Vergleich sei daran erinnert, dass sich im Jahr 1987 durchschnittlich 70% der befragten Jugendlichen den informellen gesellschaftlichen Strukturen zurechneten. *Komsomol'skaja Pravda* vom 11. 12. 1987, S. 4. Ein weit positiveres Bild von den zivilgesellschaftlichen Strukturen im heutigen Russland malten hingegen im Jahr 2009 die deutschen Beobachter Corinna König und Michael Mannel: Sie stellten dort eine „aktive und dynamische zivilgesellschaftliche Struktur“ fest. *Russland-Analysen* 181 vom 24. 4. 2009.

³¹ Die OSZE habe sich nicht nur als machtlos bei der Lösung dieses Konflikts erwiesen, sondern wurde aus der Sicht Russlands von der NATO im Krieg benutzt. Zellner, *Wolfgang: Managing*

Helsinki-Prozesses, mit der Aufnahme neuer Staaten 1992 und der Umbenennung der KSZE in OSZE am 1. Januar 1995 hat sich diese Organisation fundamental gewandelt; zugleich muss sie den enormen Autoritätsverlust vor allem im postsowjetischen Raum beklagen.³² Die heutige OSZE zählt 56 Mitgliedstaaten und agiert überwiegend komplementär und parallel zu den Aktivitäten anderer Institutionen (etwa der NATO). Ihre zentrale Aufgabe ist es, einen gemeinsamen Sicherheitsraum von Vancouver bis Vladivostok durch eine vorbeugende Diplomatie und Aktionen wie z. B. Langzeitmissionen in Krisengebieten, Evaluierungen, Beratungen und aktive Hilfestellungen bei Wahlen sowie bei der Achtung von Menschenrechten zu gestalten. Die aus dieser Aufgabenstellung resultierende Konzentration der OSZE-Aktivitäten in den postsowjetischen Staaten und vor allem die Praxis der Wahlbeobachtung durch das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte werden dort jedoch ganz in Kontinuität zur sowjetischen Zeit als ein Angriff auf die eigene Souveränität verstanden. Jurij Kašlev, der Chefdiplomat der Sowjetunion auf dem KSZE-Treffen in Wien und Gorbachevs einstiger Weggefährte, umschreibt dies sogar sarkastisch als einen „Drang nach Osten“.³³ „Doppelte Standards“, „geographische und funktionale Disbalance“, gezieltes Zurückdrängen des Einflusses von Russland im postsowjetischen Raum sind heute die häufigsten Vorwürfe an die OSZE und an die westeuropäischen Partner.³⁴ Vsevolod Sofinskij, der noch am Entstehen der KSZE-Schlussakte mitwirkte, resümierte sogar zum 30-jährigen Jubiläum der Akte im Jahr 2005, dass sich Russlands Mitgliedschaft in der OSZE nicht mehr lohne: Sie bringe dem Land nur noch hohe Kosten, Kritik und ein schlechtes Image ein; als Organisation sei sie deshalb für Russland völlig überflüssig.³⁵

Es bleibt also festzuhalten, dass die KSZE als „Managementagentur“ des Ost-West-Konflikts ihre Aufgabe erfüllt und dabei die Auflösung der Sowjetunion beschleunigt hat. Demgegenüber vermochte sie es als Organisation nicht, den in

Change in Europe. Evaluating the OSCE and Its Future Role: Competencies, Capabilities, and Missions, Working Paper 13, Centre for OSCE Research, Hamburg 2005, S. 11.

³² Einen Überblick zur Evolution der KSZE zur OSZE bzw. zu den aktuellen Herausforderungen bieten: Tudyka, Kurt P.: Die OSZE – Besorgt um Europas Sicherheit. Kooperation statt Konfrontation, Hamburg 2007; Galbreath, David J.: The Organization for Security and Cooperation in Europe, New York 2007; Brichambaut de, Marc Perrin: The OSCE and the 21st Century, in: Helsinki Monitor, Vol. 18, Nr. 3, 2007, S. 180–191.

³³ Kašlev, Mnogolikaja, S. 209; zum Verhältnis zwischen Russland und der OSZE siehe auch: Tudyka, Die OSZE, S. 215–217; Gerrits, André W.M.: Russia and the OSCE: a Story of High Expectations, Strong Disillusionment and Obstinate Confrontation, in: Security and Human Rights, Vol. 19, Nr. 2, June 2008, S. 107–109; Zeller, Wolfgang: Managing Change in Europe. Evaluating the OSCE and Its Future Role: Competencies, Capabilities, and Missions. Working Paper 13, Centre for OSCE Research, Hamburg 2005, http://www.core-hamburg.de/documents/CORE_Working_Paper_13.pdf; Internetseite der OSZE, www.osce.org.

³⁴ Voronkov, Vladimir: Novaja architektura bezopasnosti v Evrope – put' vpered, in: *Meždunarodnaja žizn'*, Nr. 6, 2009, S. 14–20; Chel'sinki 30 let spustja, in: *Meždunarodnaja žizn'*, Nr. 7–8, 2005, S. 217–239; *Rossijskaja gazeta* vom 27. 10. 2007, <http://www.rg.ru/2007/10/27/obse.html> [14. 01. 2011].

³⁵ Chel'sinki 30 let spustja, S. 229f.

ihrem Rahmen ausgehandelten Wertekonsens in funktionierende demokratische Staatsordnungen zu transformieren sowie die Ausbreitung der erneuten politisch-ideologischen Antagonismen und den Rückfall in die autoritären Verhaltensmuster zu verhindern. Auch wenn die Ursachensuche der Gegenstand einer anderen, der postsowjetischen Geschichte ist, bietet sich unter Beachtung der Resultate dieser Arbeit gleichwohl folgende Erklärung an: Die Aufnahme der KSZE-Bestimmungen in den „Normenhaushalt“ der Sowjetunion erfolgte zu schnell und mit allzu hohen Erwartungen an den Westen und seine demokratischen Prinzipien, ohne diese vollständig zu institutionalisieren und zu internalisieren. Die alsbaldige leidvolle Enttäuschung über die „Demokratie“ der 1990er Jahre und die östliche Politik des Westens war dann auch schmerzhafter und einschneidender als die kurze Phase der Begeisterung für die liberalen Ideen, sodass die Zeit der Perestroika im heutigen Russland im besten Fall als eine der „Romantik“³⁶, in der Regel aber negativ bewertet wird.³⁷ Im Übrigen hält der stets optimistische Michail Gorbachev das Potenzial seines Werkes noch nicht für ausgeschöpft: Die Vorstellung von einem „gemeinsamen europäischen Haus“ sei nach wie vor aktuell³⁸ und die Zukunft Russlands vielversprechend.³⁹ Ob Gorbachev mit seiner Zuversicht Recht behält und Russland seinen Weg in Richtung eines demokratischen Europas irgendwann zurückfindet, bleibt abzuwarten.

³⁶ Diese Wortwahl ist nicht ohne Zufall, war doch während der am DHI-Moskau veranstalteten internationalen Konferenz „Die sowjetische Öffentlichkeit zur Zeit der Perestroika“ (13.–15. 11. 2008) dieser Ausdruck von mehreren Zeitzeugen zu hören.

³⁷ So überwiegt schon seit fast 10 Jahren die negative Bewertung der Perestroika-Reformen in Russland. Im April 2010 befanden 67% der durch das Lewada-Zentrum Befragten, dass die Perestroika Russland mehr geschadet als genutzt habe, während insgesamt nur 17% positive Gefühle Michail Gorbachev gegenüber äußerten (47% Gleichgültigkeit und insgesamt 29% stark negative Gefühle), <http://www.levada.ru/press/2010042000.html>.

³⁸ Vgl. Privetstvie M. S. Gorbacheva v adres konferencii v Kopenhagene „20-let so dnja podpisanija Kopengagenskogo dokumenta OBSE. Status i dal'nejšie perspektivy“ (09. 06. 2010), http://www.gorby.ru/rubrs.asp?art_id=27442&rubr_id=20&page=1; Gorbachev: Iz OBSE ne vyšlo architekta bezopasnosti, in: *Rosbalt* vom 7. 2. 2008, <http://www.rosbalt.ru/2008/02/07/454351.html>.

³⁹ Siehe sein Interview in: *Komsomol'skaja Pravda* vom 2. 3. 2011, http://www.gorby.ru/press-center/publication/show_28397/.